

Wir brauchen keine erweiterte Personenfreizügigkeit!

von Grossrätin Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Schöftland (AG)

Weder die Wirtschaft noch die Landwirtschaft und alle Befürworter können sich ernsthaft eine Situation für unser Land herbeiwünschen, wie sie Deutschland gegenwärtig erleben muss. Unser grosser Nachbar leidet seit Monaten unter dem Druck billiger Einwanderer aus dem Osten. (Zitat Angela Merkel: wir verlieren jeden Tag Tausende von Arbeitsplätze!) Das Deutsche Volk konnte nie darüber abstimmen was es wollte. Aus Umfragen geht jedoch exakt hervor, dass der Euro niemals eingeführt worden wäre, die EU hätte sich auf eine Freihandelszone beschränkt, und der Deutsche Nationalstaat wäre bewahrt worden.

Das Schweizer Volk darf demokratisch darüber abstimmen was es will und was nicht. Die EU selbst hat uns dieses Recht gewährt bezüglich der anstehenden Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder.

Ein Ja am 25. September würde zum Präzedenzfall für alle zukünftigen EU-Erweiterungsschritte! Deshalb zieht der Joker der Befürworter bezüglich der erhofften kontrollierten Einwanderung nicht, und ist kurzsichtig. Im Jahre 2008 stehen Bulgarien und Rumänien zum Beitritt an, und kurze Zeit später die ganzen Balkanstaaten usw. Unser Land wird eine Sogwirkung speziell für diese Länder darstellen, weil sich bereits sehr viele Menschen aus diesen Gebieten in unserem Land befinden und auch eingebürgert wurden.

Es wird gerne argumentiert, dass kein Einwanderungsboom stattgefunden hat!

Ja, die Einwanderungszahlen hätten sich sogar reduziert. Warum sind dann speziell in Genf und im Tessin die Arbeitslosenzahlen sprunghaft in die Höhe geschneilt?

Hat man etwa die Grenzgänger vergessen? Statistiken lassen sich eben vielfältig darstellen. Erstens ist die volle Freizügigkeit mit den bestehenden 15 Ländern erst ein gutes Jahr alt, und die Wirtschaft stagniert weiterhin. Gute Entscheidungen setzen eine längerfristige Denkweise voraus unter Einbezug aller Fakten.

Die Ost-Personenfreizügigkeit dient dem Erhalt der Arbeitsplätze in der Schweiz! Dieses Argument trifft nur zu, wenn billige Arbeitskräfte eingesetzt werden können.

Es ist ein Rätsel weshalb economiesuisse 30 Millionen für lächelnde Polit-Köpfe-Inserate der Befürworter sponsert und mit den Gewerkschaften gemeinsam für ein Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit wirbt. Wenn die Personenfreizügigkeit tatsächlich Vorteile bringen sollte würden sie ja durch die von den Gewerkschaften geforderten flankierenden Massnahmen zunichte gemacht.

Solche Regulierungen sind Gift für die Wirtschaft und produzieren erst recht Arbeitslosigkeit. 150 Inspektoren (mit Sicherheit noch viel mehr) werden alle Betriebe kontrollieren. Bei Fr. 120'000.00 Salär pro Kopf macht das runde 18 Millionen Franken aus, geschweige vom neuen, natürlich unbezahlten administrativen Aufwand, vor allem unserer kleinen und mittleren Unternehmen. Abgesehen davon, wer garantiert diesen Inspektoren ihre Arbeitsplätze? Diese Kontrollen können auch günstiger und genau so effizient mit Leuten aus den EU-Ländern erledigt werden nota bene!

Mit einem Ja zur Osterweiterung erhofft sich die global interessierte Wirtschaft Vorteile. Sie hat ganz andere Möglichkeiten sich am Markt zu behaupten, scheut sich nicht Personal abzubauen und bereits heute Arbeiten nicht nur in die Ostländer sondern gleich nach China auszulagern.

Die KMU jedoch, das Rückgrat der Wirtschaft, hat diese Möglichkeiten entweder gar nicht oder nur beschränkt. Durch die Einwanderung der Selbständigerwerbenden (Ich AG's), die weder kontrolliert werden können noch einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen, werden sie Aufträge verlieren und Mitarbeiter entlassen müssen. Wir opfern den Mittelstand, unsere kleinen und mittleren Unternehmen mit unzähligen, wertvollen Arbeitsplätzen und das unwiderruflich. Es kann jedes Unternehmen und jeden Arbeitsplatz treffen, auch Ihren.

Personenfreizügigkeit heisst ungebremste Zuwanderung und hat mit Wirtschaft nichts zu tun. Unsere Handelsverträge mit allen 25 EU-Staaten wurden bereits am 1. Mai 2004 in Kraft gesetzt um den gegenseitigen Anspruch an die Märkte zu sichern.

Ein Ja bedeutet: Es besteht ein Rechtsanspruch in die Schweiz zu kommen und Arbeit zu suchen, es besteht ein Anspruch auf unsere Sozialversicherungen bis hin zur Prämienverbilligung der Krankenkassen. Jeder kennt die tiefroten Zahlen unserer Sozialwerke. Die Rechnung ist einfach, wenn man die Tatsachen sehen will. Wir importieren die Armut in unser Land.

Eigentlich stimmen wir über eine Vorlage ab, die wir gar nicht brauchen. Wir haben genügend Stellensuchende, vor allem auch Jugendliche, die arbeiten wollen und keinen Job finden. Wozu brauchen wir überhaupt die erweiterte Personenfreizügigkeit?

Sagen wir Nein und entscheiden selber ob wir spezialisierte Techniker für die Wirtschaft oder Erntearbeiter für die Landwirtschaft einberufen wollen. Machen wir uns und vor allem unsere Junge Generation fit für die kommende, nicht einfache Zeit. Die Hochkonjunktur ist leider Vergangenheit geworden. Und es ist auch nicht verboten, auch an das Wohl des eigenen Volkes zu denken. Fazit: abwägen – und NEIN stimmen.